



Die Macht der Winzer

Léonie Hagen

Der Entscheid fiel deutlich: Mit 31 von 46 Stimmen forderte der Ständerat einen «Marschhalt» im Kampf gegen den Alkoholkonsum – für den Wein, gegen Abstinenz. Auslöser für die Debatte war eine Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation WHO: Alkohol könne schon ab dem ersten Glas gesundheitliche Schäden anrichten. Die Weinbranche schlug Alarm. Das werde die Weinkultur in Grund und Boden stampfen.

Der Entscheid des Ständerats vom Montag ist rein symbolisch. Doch er steht nicht alleine da. Im August hatte SVP-Bundesrat Guy Parmelin einen Runden Tisch zum Wein einberufen. SP-Ständerat Pierre-Yves Maillard wollte vergangene Woche vom Bundesrat wissen, wie er der Schweizer Weinkrise entgegenzutreten gedenke. Und während das Bundesgeld an allen Enden zu fehlen scheint, erhalten die Winzer neu 10 Millionen Absatzförderung – Werbegeld für den Wein, den bisher niemand kaufen wollte.

Die Schweizer Winzer in Geldnot

Ein Teil der Schweizer Winzer steckt in der Krise. Gerade in der Westschweiz sind viele Winzer

von Händlern abhängig, die ihren Wein auf- und weiterverkaufen. 2024 brachte eine schlechte Ernte und finanzielle Unsicherheit: Sie werden ihren Wein nicht los.

Für den Winzer und Nationalrat Andreas Meier (Mitte/AG) ist der Fall klar. Die Konkurrenz aus dem Ausland sei zu gross, und das seit über 20 Jahren. 2001 wurden die Kontingente für den Import von Weiss- und Rotwein zusammengelegt und seither nicht mehr angepasst. Sie liegen teilweise fast 50 Prozent über dem, was in der Schweiz an ausländischem Wein getrunken wird. Damit steht der Markt quasi offen. Der Wein sei das am schlechtesten geschützte Agrarprodukt in diesem Land, sagt Meier.

So gebe es etwa italienische Weinproduzenten, welche den Wein geradezu gratis in die Schweiz lieferten, solange nur jemand die Transportkosten übernehme. Meier sagt: «Damit werden wir zum Abflussrohr der Welt.» Es brauche zwingend

neue Kontingente oder andere Lösungen, eine Kopplung an Inlandleistungen zum Beispiel. Wer Wein importieren will, ohne selbst eine gewisse Menge an Schweizer Weinen zu verkaufen, soll höhere Zölle bezahlen.

Doch hier laufen die Winzer auf, auch im Parlament. Bei Marktregulierungen stehen Winzer und Weinhändler sich diametral gegenüber.

«Alles halb so wild», finden die Weinhändler

So dramatisch sei die Krise der Winzer nicht, findet der Weinhändler Philipp Schwander. Dass der Marktanteil des Schweizer Weins im letzten Jahr gesunken ist, sei das Ergebnis der mengenmässig schwachen Ernte, wie schon 2021. Dass sie ihren Wein nicht loswürden: eine Frage der Qualität.

Die Liberalisierung der Importe habe nämlich in der Schweiz vor allem zu einem neuen Wettbewerb geführt, sagt Schwander. So hätten die meisten Deutschschweizer Winzer

keine Probleme, ihre Weine zu verkaufen. Sie produzierten Weine, die den Kunden gefielen.

Ausserdem seien viele Weinkäufe schlicht an Regionen gebunden. Wer einen kalifornischen Rotwein liebe, dem könne man keinen Walliser Pinot verkaufen.

Wenn nun die Importrechte an Inlandleistungen gekoppelt würden, schaffe das ein massives Ungleichgewicht: «Die guten Schweizer Winzer verkaufen direkt, übrig blieben die schwer verkäuflichen. Da könnten wir gleich dichtmachen.» Dabei gebe es in der Schweiz rund 2500 Winzer, im Weinhandel 15'000 Arbeitskräfte: «Und wir beantragen auch nicht ständig Hilfgelder.»

Statt strengerer Kontingente brauche es Unterstützung für die weniger guten Winzer, damit sie besseren Wein herstellen würden. Jene, die wirklich nicht gut seien, würden nicht überleben – wie in anderen Wirtschaftsbereichen auch: «Das ist eine Strukturbereinigung.»

Die Schweiz trinkt weniger Wein, schon seit Jahren. Nun sollen alle sparen, aber die Weinbauern nicht. Warum eigentlich?

zu verärgern. Die üblichen Rechts-Links-Lager verschwimmen, wenn es um Weinfragen geht. Stattdessen gibt es regionale Gräben: In der Westschweiz ist der Weinbau breiter verankert.

Seitens der Deutschschweizer Winzer gebe es eine grosse Solidarität mit den französischsprachigen Kollegen, sagt der Politikwissenschaftler Karel Ziehl: «Der Schweizer Wein gilt als schützenswertes Kulturgut.» Denn letztlich sind die Winzer vor allem Teil der Bauern. Und damit eine politische Grösse. Wenn sie nun im Parlament mehr Zuspruch erhalten, dann auch, weil im Frühling das Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten behandelt wird. Es soll unter anderem Weinimporte regeln.

Sollten die Winzer zum Schluss kommen, dass das Abkommen ihnen und damit der Landwirtschaft schade, so könnte das eine breite Gegnerschaft mobilisieren. Das Bild der idyllischen Weinberge, das gesellige Glas Wein hat bis heute starken Symbolwert. Letztlich schafft auch das Mehrheiten für den Wein im Parlament: jene der Winzer über den Handel und Heimatfreunde bis zu den Geniessern, die sich nichts verschreiben lassen wollen.

Die Weinanbaufläche hat sich in den letzten 20 Jahren tatsächlich kaum verändert: Sie ist um gerade mal 3 Prozent gesunken. In dieser Zeit ist der Weinkonsum in der Schweiz um über 20 Prozent zurückgegangen.

Gleichzeitig ist der Alkoholkonsum insgesamt nicht so stark rückläufig. An der Anzahl der Abstinenten und Selten-Trinker hat sich kaum etwas verändert. Es wird lediglich ein bisschen weniger häufig getrunken – eher mehrmals pro Woche als täglich. Aktuell beläuft sich der Weinkonsum etwa auf vier Gläser pro Kopf und Woche.

Kulturgut Wein: «Die Solidarität ist gross»

Daran wolle auch er nichts ändern, sagt Andreas Meier: «Wir Winzer wollen genauso eine gesunde Schweiz.» Er wolle niemanden zum Überkonsum animieren. Wenn sich die Gepflogenheiten änderten, müsse man sich anpassen.

Und doch hütet man sich in Bundesbern davor, die Winzer

Bundesrat geht nach Recherche von CH Media über die Bücher

Das Departement des Sportministers Martin Pfister stellt die Geschlechterquote für Dorfvereine auf den Prüfstand.

Kari Kälin

Er habe seinen Augen nicht getraut, schrieb Nationalrat Leo Müller in einer Kolumne in der «Luzerner Zeitung». Ungläubig zurück liess den Mitte-Politiker ein Artikel von CH Media über Anforderungen, die per 1. Januar 2026 auch ehrenamtlich geführte Sportvereine und Jugendorganisationen wie Pfadi und Blauring zu erfüllen haben.

Um Bundesgelder aus dem «Jugend+Sport»-Topf zu erhalten, müssen sie neu eine individuelle Geschlechterquote sowie eine Amtszeitbeschränkung in ihren Statuten verankern. Be-

troffen vom sogenannten Branchenstandard sind Tausende Vereine.

Die Frauenquote für Dorfvereine ist ein Erbe der vor einem Jahr zurückgetretenen Bundesrätin Viola Amherd (Mitte). Müller spricht von einem «unglaublichen Bürokratismus». Man dürfe Jugendlichen und Erwachsenen, die sich für die Gesellschaft einsetzen, nicht den «Verleider» machen.

Der Luzerner Nationalrat wollte deshalb vom Bundesrat wissen: Ist er bereit, auf Auflagen wie Geschlechterquoten und Amtszeitbeschränkungen zu verzichten, um ehrenamtli-

ches Engagement nicht unsinnig zu belasten?

Seit Anfang dieser Woche liegt die Antwort aus dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport vor. Und tatsächlich geht Martin Pfister nochmals über die Bücher. Der neue Sportminister zeigt sich nämlich bereit, die Vorgaben für den Erhalt von J+S-Geldern im Sinne Müllers zu überprüfen.

Wichtige finanzielle Stütze für Vereine

Die Ehrenamtlichkeit in den Sportvereinen bezeichnet der Bundesrat in seiner schriftlichen Antwort auf Müllers Frage als

«zentrale Stütze» des Sports. Eine wichtige finanzielle Stütze ist für Vereine auch der Zustupf aus dem J+S-Topf des Bundesamtes für Sport. Im letzten Jahr erhielten knapp 10'500 Organisationen 113,6 Millionen Franken, darunter knapp 8000 Sportvereine.

Ziel des Branchenstandards ist es laut dem Bundesamt für Sport, ethische Grundsätze im Schweizer Sport stärker und verbindlicher zu verankern. Es geht dabei auch um ein Bekenntnis zu sauberm, dopingfreiem Sport und einem respektvollen Umgang von Trainern mit Sportlern.

«Geprüft wird nun, wie das Ziel eines ethischen Sports erreicht werden kann, ohne das ehrenamtliche Engagement kleiner Sportclubs unnötig zu belasten», sagte Sprecherin Rebekka Balzarini auf Anfrage. Bereits heute werde die Umsetzung des Branchenstandards für den Schweizer Sport mit Augenmass durchgeführt, um gerade kleinen Sportvereinen und Sportklubs nicht unnötig Aufwand zu beschern.

Das Amt hatte angekündigt, jährlich etwa 100 bis 400 Vereine bezüglich der neuen Anforderungen zu kontrollieren. Die Verweigerung oder Kürzung von

Subventionen sei nur vorgesehen, wenn ein Verein trotz vorgängiger formeller Mahnung und Nachfrist die Bedingungen nicht einhalte.

Dachverband empfiehlt eine Quote von 40 Prozent

Anders als bei nationalen Verbänden (40 Prozent) werden bei Dorfvereinen keine fixen Frauenquoten verlangt. Sie müssen aber gemäss geltendem Recht eine individuelle Geschlechterquote in den Statuten festhalten.

Swiss Olympic, der Dachverband des Schweizer Sports, empfiehlt 40 Prozent oder einen eigenen Wert.